

*Karl Möckl*

### **Liberaler Staat und christliche Demokratie**

Zur Bedeutung des Bayerischen Katholikentages von 1889 und des  
verhinderten Deutschen Katholikentages von 1890 in München

Das Mißtrauen gegen Institutionen als Ausdruck eines emanzipativen Subjektivismus war geschichtlich gesehen immer Ausgangspunkt reformerischer oder auch revolutionärer Veränderungen. Vor allem in Staat und Kirche verband sich die Freiheit der Religion eng mit der politischen Freiheit. Dies gilt für die historischen Wurzeln der Grund- und Menschenrechte ebenso wie für die Herausforderung des liberalen Staates durch die christliche Demokratie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts<sup>1</sup>.

Weder in Deutschland noch in Bayern begriff der gouvernementale Liberalismus den Staat und die Kirche als lebendige Institutionen. Die in Bayern nach der Reichsgründung amtierenden liberalen Minderheitsbeamtenkabinette sahen sich durch den politischen Katholizismus ständig vor die Existenzfrage gestellt. Dieser Abwehrkampf der „Ministerrepublik“ führte seit den 80er Jahren zu einer wachsenden Verteidigungssituation, die nicht nur zu einer Verhärtung der verfassungspolitischen Lage, sondern auch zum Erlahmen politischer Initiativen der bayerischen Regierung auf Reichsebene führte. Der Bayerische Katholikentag von 1889 und die Verhinderung des Deutschen Katholikentages 1890 in München machen die Entwicklungen besonders deutlich und beleuchten die Wende in der deutschen und bayerischen Politik zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts<sup>2</sup>.

\*

Der Kulturkampf wurde in Bayern nicht offiziell beendet. Erleichterungen erkämpfte die katholische Partei Schritt für Schritt. Das letzte Kulturkampfgesetz fiel erst 1917. Der Grund lag nicht darin, daß in Bayern der politische Katholizis-

<sup>1</sup> Zum Begriff „christliche Demokratie“ vgl. *Hans Maier, Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie (1789 – 1901). Freiburg im Breisgau, 2. Aufl. 1965; Winfried Becker und Rudolf Morsey, Hg., Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Köln und Wien 1988; Winfried Becker, Zur Geschichte und Konzeption der christlichen Demokratie, in: Günter Baadte und Anton Rauscher, Hg., Christen und Demokratie (= Kirche heute 4), Graz, Wien, Köln 1991, S. 11–39.*

<sup>2</sup> *Karl Möckl, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern. München und Wien 1972, S. 431ff.; Dieter Albrecht, Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1871–1918), in: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. IV/1. München 1974, Nachdruck 1979, S. 283–386, hier S. 354; Michael Körner, Staat und Kirche in Bayern 1886–1918 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen Bd. 20). Mainz 1977, S. 92; Friedrich Hartmannsgruber, Im Spannungsfeld von ultramontaner Bewegung und Liberalismus 1864–1890, in: Handbuch der Bayerischen Kirchengeschichte, Bd. 3, hg. von Walter Brandmüller. St. Ottilien 1991, S. 205–262; Egon Greipl, Am Ende der Monarchie 1890–1918, in: ebd., S. 263–335.*

mus gefährlicher als in den anderen deutschen Bundesstaaten gewesen wäre, sondern in der Bewegungsunfähigkeit der nationalliberalen Regierung angesichts der ständigen Gefährdung ihrer Position. Gestützt wurde das bayerische Kabinett durch die preußische Gesandtschaft in München. Der lange amtierende Gesandte Graf Werthern galt als „antikatholisch, ja antichristlich“. Der Gesandtschaftssekretär und spätere Gesandte Philipp Graf zu Eulenburg, der einflußreiche Freund des Prinzen Wilhelm, des späteren Kaisers Wilhelm II., sah in der engen verwandtschaftlichen Beziehung zwischen dem bayerischen und österreichischen Königshaus die Gefahr einer katholischen „Familienliga“, die „ihre Spitze gegen das protestantische Kaisertum in Berlin“ zu richten bestrebt war<sup>3</sup>. In der Verbindung dieser Familienliga mit Rußland, Frankreich und der Kurie sowie den Höfen in Dresden und Stuttgart sah Eulenburg eine Bedrohung für das Reich. So galt es, das nationalliberale Kabinett in München unter allen Umständen zu halten. Schließlich glaubte man, daß die adelig-katholischen Kräfte um den Zentrumsführer Freiherrn von Franckenstein, unterstützt vom bayerischen Gesandten in Berlin und Bismarckianer Graf Lerchenfeld, Bayern zu einer „katholischen Vormacht im Reich“ machen würden<sup>4</sup>. Für Eulenburg lag das Heil des Reiches und Bayerns in der bedingungslosen Unterstützung der liberalen „Mittelparteien“, verbunden mit einer scharfen Ablehnung des Zentrums.

Einem Höhepunkt strebten die Auseinandersetzungen zu, als Prinz Luitpold nach der Übernahme der Regentschaft mit Schreiben vom 6. Juli 1886 den Rücktritt des Gesamtstaatsministeriums unter anderem mit dem Hinweis ablehnte: „Von dem hierbei Erzielten steht mir der Schutz der Religion und die Wahrung des Friedens unter den Konfessionen oben an; und ich empfinde es mit ganz besonderer Freude, daß zu öfteren Malen von der höchsten katholischen kirchlichen Autorität die vollkommene Befriedigung über die Lage der katholischen Kirche in Bayern ausgesprochen worden ist.“ Die Veröffentlichung dieses Satzes nahm die katholische Bevölkerung mit Empörung auf. Unter Zuhilfenahme der päpstlichen Autorität wurde gleichsam die Kulturkampfpolitik der bayerischen Regierung abgesegnet. Schließlich galt der Vorsitzende des Gesamtstaatsministeriums Johann von Lutz als einer der Initiatoren des Kulturkampfes nicht nur in Bayern, sondern auch auf Reichsebene<sup>5</sup>. Die Äußerung löste eine heftige Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit aus. Presseorgane aller Schattierungen, vor allem des Deutschen Zentrums, der Bayerischen Patriotenpartei und andere Organisationen des politischen Katholizismus schalteten sich ein. Zurückhaltung übten die bayerischen Bischöfe, die in

<sup>3</sup> Zit. nach Reinhard Conrad Muschler, *Philipp zu Eulenburg. Sein Leben und seine Zeit*. Leipzig 1930, S. 129; Zit. John C. G. Röhl, Hg., *Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz (= Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 52/I)*. Boppard am Rhein 1976, S. 15f.

<sup>4</sup> Eulenburg an Kaiser Wilhelm II. am 25. Oktober 1889, in: Röhl, *ebd.*, S. 359ff.; zur Rolle Lerchenfelds vgl. Hugo Graf Lerchenfeld-Köfering, *Kaiser Wilhelm II. als Persönlichkeit und Herrscher*. Hg. von Dieter Albrecht (= *Regensburger Historische Forschungen Bd. 11*). Kallmünz in der Oberpfalz 1985.

<sup>5</sup> Karl Möckl, *Johann (Freiherr von) Lutz (1826–1890)*, in: *Fränkische Lebensbilder*, hg. von Alfred Wendehorst, Bd. 14. Neustadt/Aisch 1991, S. 211–242.

Bayern mehrheitlich aufgrund der staatskirchenrechtlichen Traditionen der Regierung wohlwollend gegenüber standen. Kämpferisch reagierten die Geistlichen, die aus den Erfahrungen der Seelsorge und des Kulturkampfes für eine Verbesserung der Lage des katholischen Volkes eintraten. Soziale Fragen waren für sie immer auch politische Fragen<sup>6</sup>.

Die Initiative ergriffen der Kommissar der deutschen Katholikentage, der Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und der Abgeordnete Dr. Georg Orterer. Beide wurden Ende Dezember 1886 in Rom durch ein „Pro Memoria über die kirchlichen Verhältnisse Bayerns“ vorstellig<sup>7</sup>. Der Zeitpunkt war ungünstig. Dem Papst lag nichts an einer Verschärfung des Konfliktes. Er wollte die Liquidierung des Kulturkampfes in Preußen nicht gefährden und erwartete vom Reich Schützenhilfe in der sogenannten römischen Frage, der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums. Deswegen empfahl er im Streit um die Heeresvermehrung, die sogenannte Septennatsvorlage 1886/87, den Reichstagsabgeordneten des Deutschen Zentrums und der Bayerischen Patriotenpartei auch die Zustimmung. Ebenso setzte sich Prinzregent Luitpold während seines Berlinaufenthaltes vom 7. bis 10. Dezember 1886 für dieses Ziel ein. Auf einem Empfang empfahl er den bayerischen Reichstagsabgeordneten unmißverständlich die Annahme der Vorlage. Papst und Regent mußten erleben, daß sie die Entscheidung der Abgeordneten nicht ändern konnten. Bereits auf dem Empfang widersprach der Zentrumsführer und Präsident der bayerischen Kammer der Reichsräte und Kandidat für den Vorsitz im Gesamtstaatsministerium Freiherr von Franckenstein dem Regenten. Er fiel in Ungnade, obwohl er als Großkanzler des einflußreichen Georgiritterordens dem Prinzen sehr nahe stand. Ebenso sah sich Leo XIII. scharfen und persönlichen Angriffen, vor allem im auf die Reichstagsauflösung folgenden Wahlkampf, ausgesetzt. Die katholische Laienbewegung und der politische Katholizismus ließen sich in öffentlichen Fragen nicht mehr lenken. In einer Konzentration der Kräfte gestalteten sich die Beziehungen zwischen Katholikentagsbewegung, katholischen Laien und katholischen Parteien enger. Die Bayerische Patriotenpartei erklärte demonstrativ ihren Beitritt zum Deutschen Zentrum und nannte sich nun Bayerisches Zentrum<sup>8</sup>.

Das Ministerium Lutz blieb im Amt. Bei der Neujahrscur 1887 verlieh der Regent auffällig hohe Auszeichnungen an Mitglieder der liberalen Regierungsguppe einschließlich des liberalen Parteiführers Friedrich von Schaub. Die Verhärtung der Fronten speiste sich nicht in erster Linie aus Fragen um Kirche und

<sup>6</sup> Karl Möckl (Anm. 2), Kapitel III/2.

<sup>7</sup> Paul Siebertz, *Karl Fürst zu Löwenstein. München 1924*, S. 176f.; *Europäischer Geschichtskalender*, hg. von H. Schulthess, von 1886(1887), S. 178.

<sup>8</sup> Friedrich Hartmannsgruber, *Die bayerische Patriotenpartei 1868–1887 (=Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte Bd. 82). München 1986*, S. 338f., bestreitet unter Hinweis auf mich (vgl. Anm. 2, S. 206f.) diesen Zusammenhang, indem er auf die Vorgeschichte des „Beitritts“ verweist. Diese Vorgeschichte war mir bekannt. Entscheidend ist aber, daß die Münchner Obmännerversammlung Wochen vor der Reichstagswahl 1887, legitimiert oder nicht, den Beitrittsbeschluß offiziell faßte. Die Öffentlichkeit und diplomatische Kreise deuteten den Beschluß in der von mir angegebenen Weise. Ob diese Folgen in jedem Falle beabsichtigt waren oder nicht, mag hier dahingestellt bleiben, sie beeinträchtigen die Wirkung nicht.

Religion, sondern aus dem Ringen um die bestimmenden Prinzipien von Staat und Gesellschaft<sup>9</sup>. Es ging im eigentlichen Sinne um die christliche Demokratie. Formen des konservativen liberalen Katholizismus trafen sich mit Elementen der Volkssouveränität. Die Grundsätzlichkeit der Auseinandersetzungen macht aber auch deutlich, daß in der politischen Praxis ohne die Autorität des Papstes und der Bischöfe eine Reform der bestehenden Ordnung vielleicht nicht gewünscht und deswegen auch nicht möglich war.

Die Lage änderte sich noch 1887. Am 23. Mai dieses Jahres erklärte Papst Leo XIII. in einem feierlichen Konsistorium den Kulturkampf für beendet. An die Stelle des verstorbenen Kardinalstaatssekretärs Jacobini trat der Diplomat und Jesuitenschüler Rampolla. Für die kirchenpolitischen Verhältnisse in Deutschland war nun der ehemalige Nuntius in München und Freund Franckensteins, Curtius di Pietro, zuständig. Dieser stand auf seiten des politischen Katholizismus und war der Auffassung, daß die preußenfreundliche Politik des Vatikans falsch gewesen sei, da sie zu einer Entfremdung des Klerus und des katholischen Volkes gegenüber dem Papst geführt habe<sup>10</sup>. Im Juni 1887 versicherte der Papst Kardinal Hergenröther, daß er sich in kirchlichen Angelegenheiten im Sinne der katholischen Landtagsopposition äußern wolle<sup>11</sup>. Wenig später brachte Leo XIII. Bismarck seine Genugtuung über die Herstellung des kirchlichen Friedens in Preußen, Hessen und Baden zum Ausdruck, ohne Bayern zu erwähnen. Statt dessen erging am 22. September 1887 die Enzyklika „Officio Sanctissimo“ an die Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns<sup>12</sup>. Sie ging auf die Stellung der Kirche ein, erörterte aber auch die Rolle der Katholiken in Staat und Gesellschaft. Die Öffentlichkeit und die bayerische Regierung verstanden die päpstliche Kundgebung als Antwort auf die Äußerung des Regenten vom 6. Juli 1886, obwohl ein direkter Bezug nicht hergestellt wurde. Die Position der katholischen Opposition festigte sich. Als Zeichen verstand die Presse die Nachricht, daß Bismarck einer Rückberufung der Redemptoristen, die bisher den Jesuiten als affiliert angesehen worden waren, nicht abgeneigt sei. Ähnliche Nachrichten verkündete Freiherr von Franckenstein nach einer Audienz beim Papst am 10. Januar 1888 in einer groß angelegten Zentrumsversammlung in München<sup>13</sup>.

<sup>9</sup> Das Parteivolk der Bayerischen Patriotenpartei sprach sich schon seit den beginnenden 80er Jahren verstärkt gegen die alleinige „Kulturpaukere“ aus, so z.B. auf einer Wählerversammlung in Regen am 12. März 1882. Vgl. *Hartmannsgruber* (Anm. 8), S. 359.

<sup>10</sup> *Erich Schmidt-Volkmar, Der Kulturkampf in Deutschland 1871–1890. Göttingen und Breslau 1962*, S. 346.

<sup>11</sup> *P. Siebertz* (Anm. 7), S. 178f.

<sup>12</sup> *Archiv für Katholisches Kirchenrecht* 59 (1888), S. 358–371.

<sup>13</sup> Die Redemptoristenfrage spielte eine wichtige Rolle im Machtkampf zwischen Prinz Wilhelm bzw. Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Bismarck. *M. Körner* (Anm. 2), S. 58f. hat in seinem Urteil auch hier einen begrenzten Blick. Zur Rolle von Lutz. Die Redemptoristen waren 1872 mit den Jesuiten vertrieben worden. Lutz hielt dies schon damals nicht für notwendig und vollzog das Gesetz aus Solidarität zu Preußen. Er hielt ein Leben lang zu dem Redemptoristenpater August Gerhard, fränkischer Lehrersohn wie Lutz, Schüler in Münnerstadt und Jugendfreund von Lutz, guten Kontakt. Für Lutz war die Redemptoristenfrage nie von grundsätzlicher Bedeutung im Rahmen des Kulturkampfes. Ihm war klar, daß der Wille Bismarcks, vor die Entscheidung über die Rückkehr der Redemptoristen die Frage ihrer Verwandtschaft mit den

Minister von Crailsheim kommentierte die Neuigkeiten dem preußischen Gesandten Werthern gegenüber zwar mit der Äußerung „So viele Lügen als Worte“, fragte aber Mitte April 1888 doch in Berlin an, ob Bedenken gegen eine Rückkehr der Redemptoristen bestünden<sup>14</sup>. Ein geschickter Schachzug. Schließlich begann sich das Redemptoristenproblem zu einer Frage des Machtkampfes im Reich zu entwickeln. Auf der einen Seite stand Bismarck, der durch Entgegenkommen gegenüber dem Zentrum sich eine neue politische Basis für die Reichspolitik zu schaffen suchte, auf der anderen Seite agierten Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser Wilhelm II., mit seinem Anhang, die „graue Eminenz“ im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein und der Freund Wilhelms Philipp zu Eulenburg. Letztere waren entschieden gegen eine Rückkehr der Redemptoristen, da sie in diesem Fall den Sturz des nationalliberalen Kabinetts in München als unvermeidlich ansahen<sup>15</sup>. Sie befürchteten ein päpstlich kontrolliertes Kabinett und eine ständige „römische Anwesenheit“ im Bundesrat. Eine Machtsteigerung des Zentrums bedeutete für sie innenpolitisch einen Linksruck und außenpolitisch eine Abkehr Italiens vom Dreibund. Eulenburg beschwor mit der Rückkehr der Redemptoristen große Gefahren für das Reich<sup>16</sup>. Crailsheim sah die Überbewertung der Redemptoristenfrage sehr wohl, nutzte sie aber zur Festigung der Stellung des bayerischen Kabinetts, wenn auch nicht zur Stärkung von Lutz. In der politisch-katholischen Bewegung verloren die kirchenpolitischen Fragen im engeren Sinn angesichts des Kampfes um die Form der monarchischen Ordnung an Bedeutung.

In dieser Lage konnte der bayerische Episkopat die päpstliche Enzyklika nicht einfach zu den Akten legen. Die Bischöfe einigten sich auf ein Memorandum an den Prinzregenten. Das Tauziehen um die inhaltliche Ausgestaltung vollzog sich zwischen dem Bischof von Regensburg Senestrey und dem Erzbischof von München-Freising Steichele, der die mildeste Form der Interpellation gewünscht hatte und aus

---

Jesuiten gutachtlich klären zu lassen, ein Verschieben dieser Entscheidung bedeutete (Lutz an Prinz Luitpold am 15. August 1889). Der Minister stand bei seiner Rede vor der Kammer der Abgeordneten im November 1889 vor dem Dilemma, in einer für ihn nicht prinzipiellen Frage nicht sachlich befinden zu können, ohne Partei für Bismarck oder den Kaiser zu ergreifen. Durch sein taktisch motiviertes Schwanken zwischen „Entgegenkommen“ und „Ausweichen“, aus dem Freund und Feind Zustimmung ablesen konnten, suchte er, aus der gegebenen Lage das Beste zu machen. Vgl. Schreiben Bismarcks an Lutz am 6. August 1889, *Bismarck, Die gesammelten Werke*, Bd. 6c, S. 416f.; Bericht Marschalls an Großherzog Friedrich am 10. November 1889, *Walther Peter Fuchs, Hg., Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907*, 2. Bd. (= *Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg Reihe A: Quellen*, 24. Bd.). Stuttgart 1975, S. 677ff.; *Otto Weiß, Die Redemptoristen in Bayern (1790–1909). Ein Beitrag zur Geschichte des Ultramontanismus* (= *Münchner Theologische Studien, Historische Abteilung*, 22. Bd.). St. Ottilien 1983, u. a. S. 312ff., 362–366, 696; *K. Möckl* (Anm. 2), S. 258f., 303f.

<sup>14</sup> Politischer Bericht Wertherns vom 19. Januar 1888 und Schreiben Crailsheims an den bayerischen Gesandten in Berlin Lerchenfeld vom 15. April 1888; vgl. auch *Uwe Schaper, Krafft Graf von Crailsheim. Das Leben und Wirken des Bayerischen Ministerpräsidenten* (= *Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg* Bd. 47). Nürnberg 1991, S. 188ff.

<sup>15</sup> Nach *John C. G. Röhl, Hg., Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, Bd. 1* (= *Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts* Bd. 52/1). Boppard am Rhein 1976, u. a. S. 18.

<sup>16</sup> *Margaret Lavinia Anderson, Windthorst. A Political Biography*. Oxford 1981, S. 381ff.

seiner Gesinnung auch in der Öffentlichkeit kein Hehl machte. Zur Feier seines 50jährigen Priesterjubiläums Anfang September 1888 lud er den ursprünglich gebetenen Führer des Zentrums Windthorst kurzerhand wieder aus. Seiner Initiative war es zu verdanken, daß die ursprüngliche Fassung der Freisinger Denkschrift dem Regenten nicht vorgelegt wurde, sondern in wesentlichen Punkten eine Abschwächung erfuhr. Steichele überreichte das Memorandum, das „ohne den von Rom gegebenen Impuls wohl ganz unterblieben sein würde“<sup>17</sup>, dem Regenten nicht persönlich, sondern leitete es über die Geheimkanzlei. Er versprach dessen Geheimhaltung und eröffnete der Regierung damit die Möglichkeit, ihre Stellungnahme zusammen mit der Denkschrift dem Regenten vorlegen zu können. Gleichzeitig wurde damit eine ausführliche öffentliche Diskussion mit möglichen Auswirkungen auf die Entscheidung des Regenten unterbunden. Der österreichische Botschafter Wrede stellte fest, daß sich der bayerische Episkopat gleichsam „à son corps défendant“ zur Überreichung des Memorandums herbeigelassen habe<sup>18</sup>.

Bischof Senestrey, der eine streng papalistische Linie vertrat, lenkte ein, als die bayerische Regierung eine Adresse der bayerischen Bischöfe an den Papst zuließ, worin der Episkopat seine volle Solidarität mit den päpstlichen Forderungen nach Wiederherstellung der weltlichen Macht des Heiligen Stuhles zum Ausdruck brachte. Minister von Lutz erhob auch keine Einwände gegen einen Hirtenbrief gleichen Inhalts, den Bischof Senestrey am 31. November 1888 verlesen ließ. Selbst eine unwillige Demarche des Auswärtigen Amtes in München zeigte keine Wirkung. Das Memorandum des bayerischen Episkopats und die Antwort der bayerischen Regierung wurden Anfang April 1889 zusammen der Öffentlichkeit übergeben<sup>19</sup>.

Trug schon die Äußerung der Bischöfe den Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung zu wenig Rechnung, so war die Antwort des Regenten und seiner Regierung dennoch ablehnend. Zugeständnisse in untergeordneten Punkten hob Lutz, der die offizielle Stellungnahme verfaßt hatte, besonders hervor, wichtige Anliegen übergang er mit Schweigen und versprach im Grunde nur Dinge, die er bereits dem Landtag 1882/83 zugesagt hatte. Die Zurückweisung der bischöflichen Wünsche beruhte auf einem geheimen Immediatbericht des Ministers von Lutz vom 19. März 1889<sup>20</sup>. Dieser Bericht ist deswegen aufschlußreich, weil er die national-liberale Politik in ihrer Spätphase deutlich macht. Ohne hier die 138seitigen handschriftlichen Ausführungen im einzelnen darzulegen, sollen nur einige Fragen herausgegriffen werden, die Lutz in der öffentlichen Fassung stillschweigend übergangen hatte. Unter Hinweis auf eine illegale Predigt des Bischofs Ketteler im Jahre 1875 spricht er sich für die Aufrechterhaltung der Aufenthaltsbeschränkungen für ausländische Geistliche bei Missionspredigten und kirchlichen Festen aus. Versammlungs- und Redefreiheit könne wegen der negativen Wirkungen auf die

<sup>17</sup> Erlaß an den bayerischen Gesandten beim Vatikan Freiherrn von Cetto vom 2. Dezember 1888, Zit. M. Körner (Anm. 2), S. 54.

<sup>18</sup> Zit. K. Möckl (Anm. 2), S. 284, vgl. auch S. 262.

<sup>19</sup> Archiv für Katholisches Kirchenrecht 62 (1889), S. 125ff., 141ff.; Münchner Fremdenblatt vom 20. und 23. November 1888 sowie vom 9. April 1889.

<sup>20</sup> Geheimes Staatsarchiv München GPS 841; K. Möckl (Anm. 2), S. 270f.; M. Körner (Anm. 2), S. 55f.

Jugend und die Interessen des Staates nicht gewährt werden. Das Eindringen fremder Fanatiker und das Aufhetzen der Bevölkerung durch die Verbreitung sozialer Ideen müsse verhindert werden. In Kenntnis der päpstlichen Enzyklika gegen die Freimaurer vom 20. April 1884 nimmt Lutz deren Orden unter Hinweis auf ein Gutachten des Innenministers von Feilitzsch in Schutz und bezeichnet sie in Geist, Sitte und Moral als elitär und staatstragend. Katholischen Theologiekandidaten verweigert der Minister das Studium am Collegium Germanicum in Rom mit dem Hinweis, daß dieses Collegium, eine Gründung des Ignatius von Loyola, ein Instrument der Gegenreformation sei und daher mit seinen jesuitischen Maßstäben die staatliche und kirchliche Ordnung Bayerns untergrabe. Für Lutz bedeutete ein Entgegenkommen ganz allgemein eine Gefährdung der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, damit des monarchischen Prinzips und der Rechte der Krone<sup>21</sup>.

Vor allem die Identifizierung nationalliberaler Ordnungsvorstellungen mit den Interessen der Monarchie löste eine heftige öffentliche Diskussion und scharfe Kritik der Opposition aus. Lutz ließ daraufhin in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 16. April 1889 das Anerkennungsschreiben des Regenten veröffentlichen, in dem es heißt: *„Ich habe von der ebenso gründlichen als gediegenen Berichterstattung mit größtem Interesse Kenntnis genommen und spreche Ihnen für die treue Bedachtnahme auf die Rechte der Krone, sowie über die unbeschadet dieser Rechte den Wünschen der Bischöfe entgegengebrachte konziliante Gesinnung meine vollste Anerkennung aus. Mit sämtlichen Vorschlägen einverstanden, erteile ich dem Entwurf der an die Bischöfe zu erlassenden EntschlieÙung meine Genehmigung.“* Mit diesem Vorgehen nahm die Regierung in Kauf, daß Prinz Luitpold selbst in das Schußfeld der Kritik geriet.

\*

Die Hoffnung Crailsheims, daß der Papst die Angelegenheit auf sich beruhen lassen werde, erfüllte sich nicht. Kardinalstaatssekretär Rampolla ließ über die Antwort der bayerischen Regierung von Kardinal Hergenröther ein Gutachten anfertigen und berücksichtigte einen Bericht des Regensburger Bischofs von Senestrey. Schon am 28. April deutete Rampolla in einer Audienz dem bayerischen Gesandten Baron Cetto an, daß der Papst keineswegs zufrieden sei, vor allem nicht mit der Regelung des Placetum Regiums, der Redemptoristen- und der Altkatholiken-

<sup>21</sup> Memorandum des Episkopats, Ministerialentschließung und Immediatbericht von Lutz müssen im Zusammenhang gesehen werden. Wenn *M. Körner* (Anm. 2), S. 55, polemisierend das Festhalten von Episkopat und Ministerium an Verfassungs- bzw. Konkordatsrecht, wie es zu Beginn des 19. Jahrhunderts festgelegt worden ist, rechtfertigt, so übersieht er, daß schon zu Anfang des Jahrhunderts dieses Recht interpretationswürdig war (vgl. *K. Möckl, Der moderne bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom Aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche. München 1979*, besonders Kapitel IV. 3 und VI. 4). In fast hundert Jahren ist darüber hinaus auch in Bayern einiges passiert, was die Theorie der lebendigen Institutionen belegen könnte. Darum geht es der wissenschaftlichen Forschung, nicht nur mir, für Bayern im Grunde auch *D. Albrecht* (Anm. 2) und *F. Hartmannsgruber* (Anm. 8). Abwegig ist der Versuch, gerade in diesem Bereich im Falle Lutz eine partielle Mohrenwäsche betreiben zu wollen.

frage. Am folgenden Tag erging ein päpstliches Breve an den Erzbischof von München-Freising<sup>22</sup>, in dem Leo XIII. die Differenzpunkte herausstellte und einen vielzitierten Satz anfügte: „*Diese Hoffnung* (den päpstlichen Wünschen Rechnung zu tragen, der Verf.) *wird sich umso schneller erfüllen, wenn sich mit dem Eifer der Oberhirten die allseitigen Bemühungen der Gläubigen vereinigen, ...*“ Dieser Satz wurde als der Appell an das katholische Volk verstanden, die Rechte der Kirche durchzusetzen. Die Veröffentlichung dieses Breve geschah nicht durch den Erzbischof von München-Freising, der kein Interesse daran hatte, sondern wurde vom Bischof Senestrey lanciert und erschien am 22. Mai 1889 im „Regensburger Morgenblatt“. Die katholische Öffentlichkeit war längst sensibilisiert und bereit, die Sache des politischen Katholizismus auf eine breitere Grundlage zu stellen. Der organisatorische Rahmen sollte die Katholikentagsbewegung sein, die das katholische Volk und den politischen Katholizismus in gleicher Weise umschloß und die dem päpstlichen Appell an die Gläubigen am ehesten gerecht zu werden versprach.

Das päpstliche Breve zählte gewiß zu den schärfsten Kundgebungen des Heiligen Stuhls in Sachen bayerischer Kirchenverhältnisse. Gleichwohl wäre der Appell vermutlich ungehört verhallt, wäre das politische Bewußtsein der Bevölkerung nicht so weit entwickelt gewesen, den liberalen Staat herauszufordern und im Namen der kirchlichen Freiheit auch politische Mitsprache, soziale Gleichstellung und gesellschaftliche Integration zu fordern. Die Gelegenheit, allgemeine Emanzipationsziele mit der Kraft der Volksbewegung zu verfolgen, war günstig. Bereits am 28. Juli 1889 fand in Neustadt an der Hardt<sup>23</sup>, wo noch nie ein Abgeordneter des Zentrums in den bayerischen Landtag gewählt worden war und das fast ein Jahrhundert lang eine der Hochburgen des Liberalismus war, der Pfälzer Katholikentag mit etwa zwölftausend Teilnehmern statt. Selbst die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“<sup>24</sup> wunderten sich, daß so etwas in der Pfalz vorkommen könne. Gleichzeitig mit der Katholikenversammlung in der Pfalz wurde in München ein bayerischer Katholikentag vorbereitet. Die Initiatoren waren der Kommissär der Deutschen Katholikentage Fürst Löwenstein sowie der Verleger des „Münchener Fremdenblatts“ und Münchener Gemeindebevollmächtigte Konrad Fischer. Die offizielle Anregung ging von Vorstandsmitgliedern der bayerischen Zentrumsfraktion des Landtages aus. Noch im Juni fand nach Aufruf des Vorstandes des Bayerischen Zentrums im Münchener Katholischen Casino eine größere Versammlung statt, die sich als Zentralkomitee eines Bayerischen Katholikentages konstituierte. Zu Vorsitzenden wurden Fürst Löwenstein, Abgeordneter Rechtsrat Kaspar von Ruppert sowie Domkapitular Dr. Kagerer und zu Schriftführern Gemeindebevollmächtigter Konrad Fischer und Magistratsrat Alois Zeller gewählt.

<sup>22</sup> *Archiv für Katholisches Kirchenrecht* 62 (1889), S. 152ff.; Karl Bachem, *Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815–1914*, Bd. VIII. Köln 1931, S. 5; Horst Peter Schamari, *Kirche und Staat im Bayerischen Landtag zur Zeit des Prinzregenten Luitpold 1886–1912*. Diss. München 1982, S. 94ff.

<sup>23</sup> K. Möckl (Anm. 2), S. 278f.

<sup>24</sup> *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 104 (1889), S. 625.

Die Veranstaltung unterstützte der Führer des Deutschen Zentrums Windthorst und erklärte sich mit ihren Zielen einverstanden<sup>25</sup>.

Zurückhaltung übten die einflußreichen Zentrumsmitglieder Freiherr von Hertling und Graf Konrad Preysing. Sie waren derartigen Volksbewegungen abgeneigt. Durch die Verweigerung des rechten Zentrumsflügels und der maßgeblichen Bischöfe handelte sich Fürst Löwenstein zahlreiche Absagen eingeladener Referenten ein<sup>26</sup>. So fielen die Hauptreferate ausnahmslos an Vertreter des linken Zentrumsflügels. Es waren kritische Reden zu erwarten, wozu ein päpstliches Handschreiben vom 26. Juli 1889 zusätzlich ermunterte. In seinem Aufruf forderte das Zentral- und Landeskomitee des Katholikentages, die Freiheit der Kirche zum Prinzip der Ordnung zu machen. *„Kann doch ohne diese Freiheit und Selbständigkeit, insbesondere in unseren Tagen, das sittlich-religiöse Leben des Volkes, dessen Ehrfurcht vor den höchsten weltlichen Gewalten, der Gehorsam gegen das Gesetz und der Bestand der gesellschaftlichen Ordnung schlechthin nicht mehr aufrecht erhalten werden.“* Der Landtagsabgeordnete, Lycealrektor und spätere Vorsitzende der Zentrumsfraktion Pfarrer Balthasar Daller betonte, daß das Volk *„mit Recht davon überzeugt (sei), daß, wenn die Kirche freier werde, der Staat dadurch nicht ärmer werde, nicht beschränkt werde in seinen Rechten“*<sup>27</sup>.

Der Bayerische Katholikentag am 23. September 1889 wurde von zwölf- bis fünfzehntausend Teilnehmern besucht. Unter dieser für damalige Verhältnisse beachtlichen Zahl war kein bayerischer Kirchenfürst. Vom katholischen Adel fanden sich neben Fürst Löwenstein nur die Freiherrn von Soden-Frauenhofen und von Franckenstein ein. Letzterer wurde vom Prinzregenten dadurch gemäßregelt, daß er auch diesmal nicht zum nächsten Georgiritterfest eingeladen wurde. Das Begrüßungstelegramm, das Fürst Löwenstein im Namen des Katholikentages an den Prinz Luitpold richtete, blieb unbeantwortet<sup>28</sup>.

Die Veranstaltung war eine politische Kundgebung und hatte den Charakter einer Volksbewegung. Edmund Jörgs „Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland“ bringen dies pathetisch zum Ausdruck: *„Und dennoch kamen die Tausende gerade aus denjenigen sozialen Schichten herbei, welche den Druck der elend gewordenen Welt am schmerzlichsten fühlen: Aus dem kleinen Bürger- und Bauernstande. Sie wußten, daß über ihre besonderen Standesinteressen nicht verhandelt werden und die eigentliche Politik ganz aus dem Spiel bleiben würde; dennoch kamen sie in hellen Scharen. Allerdings fast drei Viertel Bauern, wie die Gegner höhnten; aber gerade das war der Stolz der Versammlung und der anwohnenden Geistlichen, der einzigen Freunde, die diesen Mühseligen und Beladenen noch nahestehen. Außer dem katholischen Adel waren die Honoratioren spär-*

<sup>25</sup> Der erste Bayerische Katholikentag zu München am 23. September 1889. Hg. im Auftrage des Central-Comités. München 1889.

<sup>26</sup> Siebertz (Anm. 7), S. 264; K. Bachem (Anm. 22), S. 7.

<sup>27</sup> Der erste Bayerische Katholikentag (Anm. 25), S. 9ff. Vgl. die umfangreiche Berichterstattung in der damaligen Presse, so vor allem im „Münchener Fremdenblatt“, den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und dem „Bayerischen Kurier“. H. P. Schamari (Anm. 22), S. 126; F. Hartmannsgruber (Anm. 2), S. 205–262, 260ff.

<sup>28</sup> K. Möckl (Anm. 2), S. 286ff.

lich, die hohe Bourgeoisie gar nicht und die Beamtenschaft verschwindend vertreten. Liberale Kongresse pflegen das Gegenbild zu zeigen“<sup>29</sup>. Das Ministerium Lutz war nach Auffassung der Versammlung der Garant eines liberalen Systems, das nicht nur der Verfassung, sondern auch dem monarchischen Gedanken widersprach. Die christliche Demokratie als Form der Emanzipation und der Teilhabe sollte die Verfassung und die Monarchie mit ihrem wahren Geiste erfüllen. Das liberal-gouvernementale System habe seine Mittlerfunktion zwischen Volk und Monarch zur Schwächung des monarchischen Gedankens mißbraucht. Die „Historisch-politischen Blätter“ verweisen darauf, daß die kirchen- und volksfeindliche Regierungsmacht, wenn sie nicht abgelöst würde, „die Regentschaft selbst in die Verlegenheit verwickeln würde“. In diesem Sinne führte Dr. Balthasar Daller auf dem Bayerischen Katholikentag aus: „Das Oberhaupt des Staates steht über den Parteien, ihm stehen alle Untertanen, soweit sie sich in den Schranken der Verfassung und der Gesetze bewegen und ihren Eid getreu halten, gleich nahe und wenn wir meinen, daß wir auf einem anderen Wege das Staatswohl besser fördern können, als jetzt der Liberalismus meint, so haben wir dazu einfach unser Recht. Wenn nun aber diese Leute hergehen und sie stellen den Träger der Staatsgewalt so hin, als ob er von unseren rechtmäßigen und gesetzlichen Unternehmungen beleidigt wäre, dann zerren sie ihn herab zur Partei und nehmen ihm seine unverantwortliche erhabene und königliche Stellung.“ Der Organisator der Pfälzer Zentrums- partei Dr. Franz Xaver Schädler sprach vom „Versumpfungsbazillus lauwarmer Befriedigung“, persiflierte damit die „Befriedigungs-Äußerung“ des Prinzregenten von 1886 und erntete dafür Beifallsstürme<sup>30</sup>.

\*

Die nationalliberale Regierung war tief beunruhigt, aber politisch nicht zu erschüttern. Die Einwirkungsmöglichkeiten des Vatikans hatten Grenzen, die die große Politik setzten und die universalen Interessen des Papstes auferlegten. Die Folgen des Katholikentags auf Landes- und Reichsebene sollten sich jedoch bald zeigen.

Die Resolutionen der Vollversammlung wurden als Anträge im Landtag eingebracht. Die Vorlagen, das königliche Plazet, die Altkatholikenfrage und die Rückkehr der Redemptoristen betreffend, fanden durch die Mandatszählung des Zentrums in der Kammer der Abgeordneten die Mehrheit. So waren die Verhandlungen in der Kammer der Reichsräte, die zustimmen mußte, entscheidend. Aussicht auf Erfolg hatte hier nur der Antrag in der Altkatholikenfrage, da Ignaz von Döllinger, der Initiator der altkatholischen Bewegung, am 10. Januar 1890 verstarb und damit den Weg für die „katholische Lösung“ freigab. Für erheblichen Sprengstoff im Landtag und in der Presse sorgte die Maßnahme der Regierung, auf Leumundszeugnissen

<sup>29</sup> *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 104 (1889), S. 624.

<sup>30</sup> *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, ebd., S. 639; *Der erste Bayerische Katholikentag* (Anm. 25), S. 26; *Europäischer Geschichtskalender*, hg. von H. Schulthess, von 1889 (1890), S. 120.

und Beurteilungen den Vermerk „*Hat den Aufruf zum Katholikentag unterschrieben*“ anzubringen<sup>31</sup>.

Das disziplinierende Vorgehen der Regierung und die öffentlichen Debatten, die zum Teil agitatorische Formen annahmen, machen einerseits deutlich, daß der politische Katholizismus mit kleineren Korrekturen längst überholter Kulturkampfgesetze nicht mehr zu beruhigen war, und zeigen andererseits, daß die Landtagsfraktion des Zentrums zusehends von Wählergruppierungen abhängig wurde. Das Bayerische Zentrum begann sich von einer Fraktions- zu einer Mitglieder-, in Ansätzen zu einer Volkspartei zu wandeln<sup>32</sup>. Der politische Katholizismus sprengte seine traditionellen Grenzen. Die Katholikentage boten Möglichkeiten der öffentlichen Demonstration und Identifikation mit der christlichen Demokratie.

Was Urs Altermatt für die Katholiken der Schweiz feststellt, gilt auch für Bayern. „Obwohl die katholischen Verbände in ihren Zielsetzungen antimodernistisch ausgerichtet waren, modernisierten sie den Katholizismus in einem unvorhersehbaren Ausmaß... Zwar war das katholische Milieu als ultramontaner Schutzwall gegen die moderne Welt geschaffen worden, löste aber im Katholizismus selber unaufhaltsam voranschreitende Modernisierungsprozesse aus. Das katholische Vereinswesen wurde für den Katholizismus zum Laboratorium und Promotor einer emanzipatorischen Kirche“<sup>33</sup>. Der greise Zentrumsführer Windthorst hielt die Entwicklung für unumkehrbar und glaubte an einen sich vollziehenden „Umschwung“ in Bayern. Er sprach sich auf der Bochumer Deutschen Katholikenversammlung von 1889 ganz unter dem Eindruck des Bayerischen Katholikentages für die Deutsche Katholikenversammlung 1890 in München aus. „*Ich glaube, daß wir nur dringend wünschen können, nächstes Jahr nach München zu gehen. Ob wir da Allen sehr willkommen sind – den Einen und den Anderen kenne ich, dem wir nicht willkommen sein werden, die nenne ich aber heute nicht – aber gerade deretwegen, denen wir nicht willkommen sind, möchte ich mal gerne hin, wenn ich noch lebe*“<sup>34</sup>. Diese Einschätzung Windthorsts sollte sich bewahrheiten.

Fürst Löwenstein nahm die organisatorische Vorbereitung in die Hand. Öffentliche Unterstützung gewährte die Zentrumspresse, vor allem das „Münchner Fremdenblatt“. Damit bestand kein Zweifel, daß die Diskussion von 1889 wieder aufgenommen werden sollte. Der Mißerfolg des Zentrums in der Kammer der Reichsräte sollte durch Mobilisierung der politischen Kräfte im Volk wettgemacht werden.

<sup>31</sup> *Stenografische Berichte der Kammer der Abgeordneten 1889/90, Bd. IV, S. 416f., 428ff.; K. Möckl (Anm. 2), S. 295ff., 306f., 315ff.*

<sup>32</sup> Dies ist im Anschluß an meine Studie von 1972 (Anm. 2) das bemerkenswerte Ergebnis der überzeugenden Arbeit von F. Hartmannsgruber (Anm. 8). Vgl. auch Werner K. Blessing, *Staat und Kirche in der Gesellschaft (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 51)*. Göttingen 1982, S. 207ff. Indirekt bestätigt die Entwicklung auch Georg von Hertling, *Erinnerungen aus meinem Leben, Bd. II. Kempten und München 1920*, S. 122, 126.

<sup>33</sup> Urs Altermatt, *Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert*. Zürich 1989, S. 62; vgl. auch Ian Farr, *From Anticatholicism to Anticlericalism: Catholic Politics and the Peasantry in Bavaria, 1860–1900*, in: *European Studies Review* 13 (1983), S. 249–269.

<sup>34</sup> *Verhandlungen der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Bochum 1889*, S. 182; P. Siebertz (Anm. 7), S. 266; M. Körner (Anm. 2), S. 44.

Über weitergehende und weitere Forderungen war man sich noch nicht im klaren. Die Regierung empfand dieses politische Vorgehen als bedrohlich und leitete frühzeitig Gegenmaßnahmen ein. Mit dem Rücktritt Bismarcks zum 15./20. März 1890 setzte sich im Reich die scharf antikatholische Linie des Küchenkabinetts Wilhelms II. durch. Das bayerische Gesamtstaatsministerium sah sich von dieser Seite gedeckt, wagte aber ein direktes Verbot des Deutschen Katholikentages in München nicht. Es fürchtete die nicht absehbaren Folgen eines offenen Konfliktes mit der katholischen Bewegung.

Als im April des Jahres 1890 die Zeitungen über die ersten Vorbereitungen zum Deutschen Katholikentag in München berichteten, suchte Minister von Crailsheim Georg von Hertling auf, um ihm „*im Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten mitzuteilen, daß Höchstderselbe dringend wünsche, die diesjährige Generalversammlung der Katholiken Deutschlands möge nicht in München abgehalten werden*“<sup>35</sup>. Die Stellung Georg von Hertlings im Zentrum war schwierig geworden, da er nicht nur in Opposition zu Windthorst stand, sondern im Katholischen Casino in München seinen Einfluß verloren hatte<sup>36</sup>. Er trat die Flucht nach vorne an und teilte den Wunsch des Regenten nicht nur dem Fürsten Löwenstein mit, sondern gab ihn verklausuliert auch an die Öffentlichkeit. Ohne Namensnennung erschien in der „Kölnischen Volkszeitung“ ein Telegramm Hertlings des Inhalts, wonach die Ausführung des Plans auf Abhaltung des Katholikentages in München auf Hindernisse gestoßen sei. Diese Nachricht schlug wie eine Bombe ein. Fürst Löwenstein ließ sich, unterstützt durch eine große öffentliche Ermunterung, nicht beirren und wandte sich um Aufklärung an die Kurie und an den Prinzen Luitpold. Graf Preysing eilte nach Rom, um die Sache Hertlings und des Ministeriums zu vertreten. Ohne Erfolg<sup>37</sup>. Kardinalstaatssekretär Rampolla gab dem Fürsten „*volle Aktionsfreiheit*“ und erließ eine entsprechende Instruktion an die Geistlichkeit Bayerns<sup>38</sup>. Dem Regenten schrieb der Fürst, daß er auf die Abhaltung der Versammlung nur dann verzichten werde, „*wenn dieser Allerhöchste Wunsch öffentlich ausgesprochen werden dürfe*“. Dieses Ansinnen lehnte der Chef der Geheimkanzlei am 3. Mai schroff und höchst unfreundlich ab<sup>39</sup>.

In eine fatale Lage geriet der neuernannte und eng mit dem Hause Wittelsbach verbundene Erzbischof von München-Freising Anton von Thoma. Er versuchte zwischen den Fronten zu lavieren. In seiner regierungsfreundlichen Politik wurde er zwar vom Päpstlichen Nuntius in München Monsignore Agliardi unterstützt, er konnte aber gleichwohl gegen den Willen des Kardinalstaatssekretärs die Katholikerversammlung nicht verbieten. So erklärt sich der Zwiespalt in seinem Verhalten. Den endgültigen Beschluß, den Katholikentag in München abzuhalten, fällt das

<sup>35</sup> G. v. Hertling (Anm. 32), S. 123.

<sup>36</sup> E. Greipl (Anm. 2), S. 268, meint korrigierend zu meiner Auffassung, daß weniger die unmittelbare Verärgerung Hertlings ausschlaggebend gewesen sei, sondern „Hertlings gesellschaftliche Verflechtung mit gouvernementalen Kreisen und seine tiefe Angst vor Massenbewegungen politischer Art“. Dem ist nicht zu widersprechen.

<sup>37</sup> K. Bachem (Anm. 22), S. 27; F. Hartmannsgruber (Anm. 2), S. 269; M. Kömer (Anm. 2), S. 45.

<sup>38</sup> P. Siebertz (Anm. 7), S. 268.

<sup>39</sup> *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 106 (1890), S. 59.

Katholische Casino am 13. Mai. Eine vierzehnköpfige Deputation sollte dies dem Erzbischof mitteilen. Thoma stimmte zu. Die Presse berichtete darüber. Andererseits erklärte der Erzbischof dem Grafen Preysing und Freiherrn von Hertling, daß er seine Zustimmung nicht geben wolle. Thoma rechtfertigte sich schriftlich gegenüber der Geheimkanzlei damit, daß er der Deputation erklärt habe, er könne die Versammlung nicht verbieten, die daraus seine Zustimmung abgeleitet habe. Die widersprüchlichen Erklärungen des Erzbischofs hatten zur Folge, daß sich die Regierung zu weiteren Maßnahmen legitimiert fühlte<sup>40</sup>.

Als Schlüsselfigur erwies sich der einflußreiche Polizeipräsident von München und nachmalige Kultusminister Ludwig August von Müller, der Vater des bekannten Historikers Karl Alexander von Müller. Er überbrachte Thoma ein Handschreiben des Regenten mit Datum 15. Mai 1890, das ohne ministerielle Gegenzeichnung war und die Wirkung eines Ultimatums hatte. Prinz Luitpold verwies auf die Folgen des vorjährigen Bayerischen Katholikentages, riet von der beabsichtigten Versammlung ab und ersuchte Thoma „*dringend*“, ehe „*weitere Maßnahmen zu der Meinen (des Regenten) Rechten und Pflichten gemäßen Wahrung des Friedens*“ ins Auge gefaßt würden, nochmals mit den katholischen Männern und insbesondere mit dem Domkapitel zu sprechen. Um dieser Drohung mit Polizeiverbot Nachdruck zu verleihen, übergab Polizeipräsident Müller dieses Schreiben der Öffentlichkeit<sup>41</sup>. Hertling sollte den Willen des Regenten dem Katholischen Casino mitteilen, was er nach einer Audienz beim Erzbischof am gleichen Abend tat. Trotz heftiger Mißfallenskundgebungen mochten sich weder Fürst Löwenstein noch das Katholische Casino dem Willen des Regenten widersetzen<sup>42</sup>. Das Schreiben war ein verfassungsrechtlich bedenklicher Kraftakt<sup>43</sup>. Ohne die Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministers hätte die Weigerung eine offene Konfrontation mit dem Prinzregenten Luitpold, mit der Monarchie bedeutet. Zu einer Revolution waren die Führer des politischen Katholizismus nicht bereit. Der Deutsche Katholikentag 1890 fand nicht in München, sondern in Koblenz statt.

Der Chronist des Deutschen Zentrums Karl Bachem bezeichnete das Vorgehen des Polizeipräsidenten als „eine Art politischen Staatsstreiches, mehr gewaltsam als geistreich, mit welchem die liberale hohe Bürokratie versuchte, noch einmal ihre Lage zu retten und dem Volk ihren Willen aufzuzwingen, wozu sie weder ein

<sup>40</sup> Telegramm des Polizeipräsidenten von München Ludwig August von Müller an den bayerischen Gesandten in Berlin Graf Lerchenfeld am 15. Mai 1890, Zit. *K. Möckl* (Anm. 2), S. 333 A. 523.

<sup>41</sup> *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* 106 (1890), S. 60; *Allgemeine Zeitung* vom 15. Mai 1890; *K. Möckl*, ebd.

<sup>42</sup> *G. v. Hertling* (Anm. 32), S. 126.

<sup>43</sup> *M. Körner* (Anm. 2), S. 61, will „die konstitutionelle Problematik des Handschreibens gar nicht ... strapazieren, um das Neuartige der Situation zu erkennen“, und fügt dann nichts anderes an, als daß die Regierung zum Machterhalt diesen Verfassungsbruch bzw. mindestens diese Verfassungsverbiegung brauchte. Abgesehen davon, was daran „das Neuartige“ sein soll, ist diese Argumentation um so befremdlicher, als *M. Körner* an anderen Stellen (z.B. ebd., S. 55) darauf hinweist, daß das Ministerium vom Verfassungsrecht ausgehen muß, „eine andere Basis war nicht vorstellbar“. Oder doch? Cui bono?

gesetzliches Recht noch ein ordnungsgemäßes Mittel hatte<sup>44</sup>. Der Regent wurde zu einem so parteilichen Eingriff bewogen, wie er mit der überparteilichen Stellung der Krone nicht vereinbar war. Diejenigen, die das taten, überschritten die verfassungsmäßigen Grenzen. Kritische Stimmen kamen nicht nur von der Opposition, sondern auch von Anhängern der Regierung. Die Verhinderung des Katholikentages in München war ein Fehlgriff, der nicht nur den größten Teil des Volkes als Staatsfeinde und Friedensstörer hinstellte, das Recht der Versammlungsfreiheit verletzte, sondern auch geeignet war, zur offenen Auseinandersetzung zwischen Krone und Volk und damit zu einer weiteren Erschütterung des monarchischen Prinzips zu führen. Allerdings hatten die staatsliberalen Kreise die Monarchie schon längst zu einem Instrument der Machterhaltung gemacht. 1882 schrieb der Großindustrielle Carl Freiherr von Stumm-Halberg, daß angesichts der sich zuspitzenden Klassengegensätze die Minister den Streit um die königliche und kaiserliche Autorität nicht mehr alleine auszufechten in der Lage sind, vielmehr *„unsere Könige absolut nicht mehr vermeiden können, ihre Person gegen die auflösenden Tendenzen mit einzusetzen“*<sup>45</sup>.

\*

Der Bayerische Katholikentag von 1889 und die Verhinderung des Deutschen Katholikentages von 1890 in München sind der Abschluß einer Entwicklung, die Anfang der 80er Jahre einsetzte und die neue Möglichkeiten der Gestaltung der Zukunft Bayerns und in gewisser Weise auch des Reiches hervorgebracht hatte. Die Niederlage der christlichen Demokratie im Kampf mit dem liberalen Staat bedeutete eine Wende.

Die Kraft des politischen Katholizismus war durch die Loyalität gegenüber dem Monarchen begrenzt. Diese Lage nutzte der gouvernementale Liberalismus für seine Ziele und verhinderte mit Hilfe kabinettspolitischer Maßnahmen, daß die Monarchie diese Volksbewegung verfassungspolitisch integrieren konnte. Der politische Katholizismus und das Bayerische Zentrum verloren ihre Einheit und spalteten sich in einen staatskatholischen und in einen reformerischen Flügel. Die vorwärtsdrängenden Kräfte des bayerischen Katholizismus speisten sich personell aus niederem Klerus und Laien. Die in ihrer Mehrheit staatskirchlich geprägten Bischöfe Bayerns<sup>46</sup>, Männer wie Georg von Hertling und Graf Konrad Preysing, zu denen sich bald die Reformkatholiken gesellten und die in einem national-katholischen Sinne die geistig-kulturelle Integration des Katholizismus in das protestantisch-

<sup>44</sup> K. Bachem (Anm. 22), S. 14.

<sup>45</sup> Zit. Fritz Hellwig, *Carl Freiherr von Stumm-Halberg. Heidelberg und Saarbrücken 1936*, S. 516.

<sup>46</sup> Kürzlich behandelte Peter Herde den Typus des „Staatsbischofs“ Stein in Würzburg. Vgl. *ders., Die Erhebung von Franz Joseph Stein zum Bischof und das Ende des „Kulturkampfes“ in Würzburg (1878)*, in: *Jahrbuch für Fränkische Landesforschung 53 (1992)*, S. 381–402; vgl. auch E. Greipl (Anm. 2), S. 277–286.

<sup>47</sup> Vgl. zuletzt Margaret Lavinia Anderson, *Windthorst's Erben: Konfessionalität und Interkonfessionalismus im politischen Katholizismus 1890–1918*, in: *W. Becker und R. Morsey (Anm. 1)*, S. 69–90.

deutsche wilhelminische Reich anstreben<sup>47</sup>, um am Ende doch nicht weiter als in den „Vorhof der Macht“ zu kommen<sup>48</sup>, suchten den politischen Kurs des Bayerischen Zentrums zu korrigieren und die Katholikentagsbewegung auf einen unpolitischen Kurs zu lenken. Dies gelang insoweit, als der politische Katholizismus mit seiner Einheit auch seine politische Schlagkraft verlor. Eine wichtige Rolle spielte hier der sogenannte Münchner Kreis Philipp Eulenburgs, zu dem unter anderem Lady Charlotte Blennerhassett, die in enger Beziehung zu Ignaz von Döllinger stand, die Minister Johann Lutz und Freiherr von Crailsheim, auch der scharfe Kritiker des politischen Katholizismus Franz Xaver Kraus gehörten. Daß die Reformkatholiken später im sogenannten Modernismustreit weit über ihr Ziel hinaus-schossen, ist eine andere Frage<sup>49</sup>.

Im ganzen gesehen war der Sieg des liberalen Staates ein Pyrrhussieg. Machterhalt als „Staatsziel“ hatte keine Zukunft. Es sollte sich bald zeigen, daß in Bayern nicht die liberalen Kräfte gestärkt wurden, sondern die Sozialdemokraten und der durch die Schwächung des Zentrums aufkommende Bayerische Bauernbund Zulauf fanden. Der gouvernementale Liberalismus war stark genug, einen Regierungswechsel in Bayern zu verhindern. Aber er unterband damit gleichzeitig die Chance, die divergierenden gesellschaftlichen Kräfte zu integrieren, solange dies noch möglich war. Mit der Abwehr der christlichen Demokratie durch den liberalen Staat verlor die Monarchie die Möglichkeit, ihre verfassungspolitische Rolle auf der Grundlage einer breiten Volksbewegung inhaltlich neu zu definieren. Die Furcht, den Weg der Parlamentarisierung zu beschreiten, war zu groß. Ob im Falle des Falles auf Reichsebene die politische Entwicklung in ähnlichen Bahnen verlaufen wäre, oder ob die vieldiskutierten Staatsstreichpläne angewandt worden wären, vermag der Historiker nicht zu sagen.

<sup>48</sup> Rudolf Morsey, *Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und erstem Weltkrieg*, in: *Historisches Jahrbuch* 90 (1970), S. 31–64, hier: S. 53f.

<sup>49</sup> Vgl. Norbert Trippen unter Mitarbeit von Alois Schnitzer, *Aus dem Tagebuch eines deutschen Modernisten. Aufzeichnungen des Münchner Dogmenhistorikers Joseph Schnitzer aus den Jahren 1901–1913*, in: Georg Schwaiger, Hg., *Aufbruch ins 20. Jahrhundert. Zum Streit um Reformkatholizismus und Modernismus (= Studien zur Theologie und Geistesgeschichte des Neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 23)*. Göttingen 1976, S. 139–222; K. Möckl (Anm. 2), S. 537f., 543.